

zielgenaues Instrument der sozialen Sicherung stärken.

- die Maklergebühren neu regeln. Künftig muss der Grundsatz gelten, der sonst überall in der Marktwirtschaft gilt: Wer bestellt, der bezahlt. Es kann nicht sein, dass Wohnungseigentümer und Makler ein Geschäft zu Lasten Dritter, nämlich der wohnungssuchenden Mieter machen.

3790

## VI.4 Ländliche Räume

3795 **Wir wollen die Lebensqualität und Attraktivität der ländlichen Räume erhöhen. Der ländliche Raum ist Heimat für seine Bewohnerinnen und Bewohner. Wir halten am Ziel der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in allen Teilen Deutschlands fest, unabhängig von der Größe der Gemeinde, unabhängig ob in Ost oder West. Denn eine gute Versorgungs- und Mobilitätsinfrastruktur, und damit auch der Zugang zu sozialer Infrastruktur, sind wesentliche Bedingungen dafür, dass alle Regionen gesellschaftliche und ökonomische Entwicklungschancen haben.**

3800

Ländliche Räume übernehmen vielfältige Funktionen. Sie sind Wohn- und Arbeitsort, genauso wie Ziel von Erholungssuchenden und Urlaubern. Die Natur- und Kulturlandschaften prägen unser Bild von Heimat. Wir werden deshalb in einer Politik der ländlichen Entwicklung den Erhalt von Kulturlandschaften mit ihren Dörfern und kleinen Städten unterstützen.

3805

Wir sehen in **Kooperationen auf regionaler Ebene** und zwischen Stadt und Umland einen Schlüssel für eine zukunftsfähige Entwicklung insbesondere ländlicher und schrumpfender Räume. Auf regionaler Ebene ist es möglich, **Konzepte zur Sicherung der Daseinsvorsorge** und für eine zukunftsfähige wirtschaftliche Entwicklung zu erarbeiten und umzusetzen.

3810

Wir werden Anreize für stärkere interkommunale Kooperation und Regionsbildung setzen, indem wir regionale integrierte Entwicklungskonzepte in der **Wirtschafts- und Strukturförderung** des Bundes zur Fördervoraussetzung machen und durch bessere Förderbedingungen belohnen. Unser Ziel ist es, Regionalbudgets zu schaffen – für einen gebündelten und zielgerichteten Fördermitteleinsatz im Rahmen regional angepasster integrierter Entwicklungsstrategien.

3815

Beim Verkauf von Flächen des Bundes setzen wir uns für eine Stärkung der Länder ein.

3820

Schnelle Internetzugänge sind für die **Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft der Regionen** von enormer Bedeutung. Mit zunehmender digitaler Vernetzung können damit hochwertige Dienstleistungen abseits der Boom-Regionen angeboten und neue, qualifizierte Arbeitsplätze geschaffen werden. Um ländlichen und strukturschwachen Regionen diese Chance zu eröffnen, sichern wir den flächendeckenden Zugang zu leistungsfähigen Internet-Anschlüssen.

3825

**Die Ernährungs- und Landwirtschaft** hat eine große wirtschaftliche, ökologische und soziale Bedeutung, gerade im Bereich des Klimaschutzes. Sie hat einen maßgeblichen Einfluss auf die Nutzung von Ressourcen. Wir wollen eine nachhaltige, bäuerliche Landwirtschaft, die zum Erhalt und zur Entwicklung lebenswerter ländlicher Räume und unserer Kulturlandschaft beiträgt. Regionalvermarktungsstrategien und lokale Wertschöpfung werden dabei von uns gestärkt.

3830

3835

Eine multifunktional ausgerichtete Landwirtschaft bildet die Grundlage für eine lebenswerte und leistungsfähige Kulturlandschaft. Die vielfältigen Leistungen, die Landwirte und andere Landnutzer für Natur- und Artenschutz erbringen, können auch künftig nur bedingt über die Rohstoffmärkte abgegolten werden. Daher müssen Landwirte und andere Landnutzer einen  
3840 Anreiz erhalten, die gewünschten öffentlichen Güter bereitzustellen.

Das bestehende System der **EU-Agrarförderung** muss konsequent so umgebaut werden, dass es diesen Zielen ebenso konsistent dient, wie alle Politikbereiche, die darauf Auswirkung haben: Agrar- und Ernährungsforschung, Bildung, Natur- und Tierschutzrecht oder die  
3845 Verpflegung in öffentlichen Kantinen. Es ist richtig, die Förderung breiter auf den ländlichen Raum auszurichten und stärker an Leistungen für die Gesellschaft zu binden.

Wichtig sind neue Entwicklungsimpulse für unsere ländlichen Räume. Die Mittel müssen wirksamer werden, indem sie eine breitere Palette an wirtschaftlichen Impulsen für den  
3850 ländlichen Raum fördern: regionale Veredelungswirtschaft, Handwerk, Tourismus, Gesundheitswesen und Dienstleistungen. Regionalvermarktungsstrategien werden dabei von uns gestärkt. Die Fördermittel müssen dazu beitragen, die immer noch zu hohen Umweltschäden durch Teile der Landwirtschaft, Gewässer- und Luftbelastungen, Artenschwund und Bodenbeeinträchtigungen zu mindern. Mittelfristig treten wir dafür ein, dass  
3855 die sogenannte „erste Säule“ der pauschalen Agrarsubventionen bis auf einen kleinen Sockelbetrag abgeschmolzen und in die „zweite Säule“ zur Stärkung und Wiederbelebung des ländlichen Raums umgeschichtet wird.

Wir begreifen Landwirtschaftspolitik über den klassischen Produktionsbereich hinaus als  
3860 Politik für die ländlichen Räume. Wir wollen die Strukturpolitik stärker mit der Agrarförderung verzahnen, damit kleinere und mittlere Unternehmen ihre Innovationspotenziale besser nutzen können. Die Förderprogramme für den ländlichen Raum müssen gezielter als bisher ausgerichtet werden: für die Förderung von Mikrounternehmen, kleiner und mittelständischer Unternehmen sowie für kommunale Basisdienste und zur Erhaltung des Kultur- und  
3865 Naturerbes. Wir wollen die **Wertschöpfung** im ländlichen Raum erhöhen .Dafür wollen wir die Potenziale der deutschen Agrar- und Ernährungswirtschaft weiter ausbauen. Für die erforderlichen Investitionen in die Menschen und Weiterbildung der Unternehmen wollen wir verlässlichere und gesellschaftlich akzeptierte Rahmenbedingungen schaffen. Wir fordern gerechte Löhne für gute Arbeit. Ein gesetzlicher Mindestlohn muss in allen Bereichen der  
3870 Ernährungswirtschaft durchgesetzt werden. Dabei sehen wir einen besonderen Förderungsbedarf für beschäftigungsintensive Formen der Landwirtschaft. Zustände wie in einigen Schlachthöfen, die per Werkvertrag moderne Sklaverei betreiben, nehmen wir nicht hin.

3875 **Tierschutz** ist ein unverzichtbarer Bestandteil verantwortungsvoller Ernährungs-, Landwirtschaft-, Verbraucher- und Umweltpolitik. Wir sind stolz darauf, dass es unter unserer Regierungsverantwortung gelungen ist, den Tierschutz im Grundgesetz zu verankern und werden dieses Prinzip auch auf die Einzelgesetzgebung anwenden, z.B. in der Unterbindung von Qualzucht.

3880 Mit einem Verbandsklagerecht werden wir Tierschutzorganisationen die rechtliche Handhabe geben, wirkungsvoller gegen Tierschutz-Verstöße vorzugehen. Die landwirtschaftliche Nutztierhaltung muss sich stärker an den Bedürfnissen der Tiere ausrichten. Dafür muss die Forschung für eine moderne Landwirtschaft gestärkt, entsprechende Haltungssysteme  
3885 vorgegeben und der Antibiotika-Einsatz in der Tierhaltung drastisch vermindert werden. Die

Intensivtierhaltung werden wir durch geeignete gesetzliche Maßnahmen zurückdrängen und insbesondere den Kommunen mehr Möglichkeiten zur baurechtlichen Steuerung geben. Es braucht eine **Kennzeichnung** von Lebensmitteln aus artgerechter Haltung: transparent, einfach und verbraucherfreundlich. Ein weiteres Ziel ist die systematische Qualitätskontrolle für die Tiergesundheit in der Landwirtschaft.

Den Handel mit und die Haltung von Tieren, insbesondere auch von Wildtieren und exotischen Tieren, wollen wir bundeseinheitlich regeln. Der Import von Wildfängen soll generell verboten werden und gewerbliche Tierbörsen werden wir schließen. Die Anzahl der Tierversuche wollen wir verringern und uns für die Verbreitung der 3-R-Methoden (zu deutsch: Vermeiden, Verringern, Verbessern) in der Forschung einsetzen. Wir wollen alternative Forschungsmethoden fördern, die ohne oder mit weniger Tieren auskommen bzw. weniger schmerzhaftes Verfahren beinhalten.

Die Förderung landwirtschaftlicher Betriebe muss konsequent auf eine klimaschonende Landbewirtschaftung ausgerichtet werden. Dazu gehört auch eine nachhaltige **Biomasseproduktion**, mit der den problematischen Veränderungen in der Agrarstruktur entgegengewirkt wird. Der zunehmende Biomasse-, insbesondere Maisanbau konkurriert mit den Arten- und Naturschutzzielen der nationalen **Biodiversitätsstrategie** und führt zu einem verstärkten Stickstoffeintrag in die Gewässer sowie in der Regel zu einer Verschlechterung der Bodenqualität. Im Rahmen einer integrierten Biomassestrategie wollen wir die Nutzungskonkurrenzen entschärfen. Durch einen effizienteren Wissenstransfer kann die Wettbewerbsfähigkeit der kleinen und mittleren Betriebe im ländlichen Raum verbessert werden. Kooperationen zwischen den Wirtschaftsbeteiligten entlang von Wertschöpfungsketten, zwischen Stadt und Land sowie zwischen Regionen wollen wir besonders fördern.

Der Rückgang des Grünlandes überall in Europa muss ebenso gebremst werden wie der Einsatz von Düngemitteln und Pestiziden gebremst werden muss. Wir brauchen eine vielfältigere Fruchtfolge, um Monokulturen zurückzudrängen.

## **VII. Umwelt- und Verbraucherschutz.**

### **VII.1 Lebensqualität und Innovation durch gute Umweltpolitik.**

Für uns ist Umweltschutz immer auch eine zukunftsorientierte Investition in gesundheitliche Vorsorge und Lebensqualität. Luftreinhaltung (u.a. Schutz vor Feinstaub), Lärmschutz, gesunde Böden, saubere Gewässer, gesunde Lebensmittel und intakte Ökosysteme sind Voraussetzungen für **Lebensqualität**, auf die alle Menschen einen Anspruch haben. Umweltschutz ist damit kein Luxusthema, sondern eine Frage sozialer Gerechtigkeit.

Vor allem finanziell schwache Haushalte in einfachen Wohngebieten leiden beispielsweise häufig unter Lärm und Schadstoffeinwirkungen. Umweltschutz dient deshalb auch dem sozialen Ausgleich. Ziel unserer Umweltpolitik ist darum insbesondere die Reduzierung von (Verkehrs-)Lärm und die Verringerung von Schadstoffen in Luft und Böden. Wir werden ministeriumsübergreifend ein Aktionsprogramm **Lärmschutz** mit dem Ziel umsetzen: Die Zahl der von Lärm gesundheitlich beeinträchtigten Menschen in Deutschland bis 2020 zu halbieren.

Der weltweit rasant steigende Verbrauch von natürlichen Ressourcen wird in naher Zukunft zu Problemen führen, die vor allem nachfolgende Generationen belasten werden. Wir wollen Gerechtigkeit zwischen den Generationen. Durch eine Senkung der Materialintensität, der Minimierung von Abfall und durch Kreislaufsysteme wollen wir eine **Entkoppelung** von Wohlstand und quantitativem Wachstum erreichen. Eine Grundlage bilden dabei die Ergebnisse der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“. Unser Ziel ist eine nachhaltige Entwicklung. Ein wichtiger Beitrag dazu ist eine ökologische Industriepolitik mit innovativen Produkten und Dienstleistungen. Der verminderte Einsatz von Ressourcen bei Material- und Energiekosten stärkt zugleich die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft. Im Bereich der Abfallwirtschaft sehen wir die Kommunen als zentralen Akteur, der Aufgaben der Daseinsvorsorge erfüllt.

Umwelt- und Naturschutzverbände haben als Anwälte der Natur eine wichtige Bedeutung. Wir werden die Voraussetzungen dafür bieten, dass sie beim Umbau zur ökologischen Industriegesellschaft ihre Rolle moderierend und gestaltend erfüllen können.

Wir werden den **Klimawandel** bekämpfen und bis zum Jahr 2050 mindestens 95% unserer CO<sub>2</sub>-Emissionen im Vergleich zum Basisjahr 1990 absenken. In der EU setzen wir uns für eine Reaktivierung des Emissionshandels und eine unkonditionierte Zusage zur Verminderung der Treibhausgasemissionen bis 2020 um 30% ein. Um die Klimaschutzziele zu erreichen, werden wir ein verbindliches nationales Klimaschutzgesetz mit Zwischenschritten (40% Senkung bis 2020, 60% bis 2030 und mindestens 80% bis 2040) erarbeiten. Dieses Gesetz wird Ziele für alle klimarelevanten Sektoren, wie Industrie, Verkehr sowie Land- und Forstwirtschaft, beinhalten. Im Rahmen des Klimaschutzgesetzes werden zudem feste Zwischenschritte auf dem Weg zu einer Halbierung des Endenergieverbrauchs bis 2050 festgelegt.

Deutschland hat noch immer einen besonders hohen **Flächenverbrauch**, wertvolle Bodenfläche geht verloren. Das bedroht die Artenvielfalt, führt zu Überschwemmungen und trägt zum Klimawandel bei. Um das Reduktionsziel der Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie von 30ha zusätzlichen Flächenverbrauch pro Tag zu erreichen, muss erheblich mehr getan werden. Langfristig müssen sich Ver- und Entsiegelung die Waage halten. Eine kluge Raumordnungspolitik kann eine positive wirtschaftliche Entwicklung in ländlichen Räumen und zusätzlichem Wohnungsbau in Einklang bringen.

Um **Wälder und Forste** für heutige und zukünftige Generationen zu erhalten, setzen wir uns für eine naturnahe Waldwirtschaft ein, die Waldnutzung und Waldschutz miteinander verbindet. Dies wollen wir in Form der „Guten fachlichen Praxis“ auch gesetzlich verankern und die einseitig nutzungsorientierte Waldstrategie der Bundesregierung ablösen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass 10% der Waldflächen der öffentlichen Hand und 5% der gesamten Waldfläche der natürlichen Entwicklung überlassen werden. Die Wälder im Eigentum des Bundes sollen nach den Grundsätzen des naturnahen Waldbaus bewirtschaftet und stufenweise Forest Stewardship Council (FSC)-zertifiziert werden. Wir sehen es als sinnvoll an, das Bundesjagdgesetz zu überarbeiten und stärker an waldökologischen Anforderungen und am Tierschutz auszurichten.

Die **Biologische Vielfalt** ist Grundlage unseres Handelns und Wirtschaftens, wir sehen ihre Erhaltung und nachhaltige Nutzung als unmittelbare Daseinsvorsorge für unsere Bürger.

Nur durch eine konsequente Umsetzung der nationalen Biodiversitätsstrategie werden wir außerdem erreichen können, dass das dramatische Artensterben und der dauerhafte Verlust an

Biodiversität kurzfristig verringert und langfristig gestoppt werden kann. Hierfür ist das Bundesprogramm Biologische Vielfalt von besonderer Bedeutung, daher werden wir administrative Hemmnisse beseitigen. Wir wollen, auch zur Erreichung des 2%-Wildnis-Ziels der Nationalen Biodiversitätsstrategie, das Nationale Naturerbe um mindestens 30.000 ha erweitern und zu seiner Erhaltung für eine angemessene Finanzierung sorgen.

Wir werden die Renaturierung von Flüssen vorantreiben, um ihnen auch aus Gründen des Hochwasserschutzes mehr Raum zu geben mit dem Ziel, bei der Umsetzung des bundesweiten Biotopverbundes stärker mit den Ländern zusammen zu arbeiten. Dafür ist auch eine Vernetzung der deutschen Naturschutzgebiete, auch im Küstenbereich, notwendig. Wir werden uns aber nicht nur in Deutschland, sondern auch weltweit für den Erhalt unserer Umwelt einsetzen und international für den Meeresschutz auf hoher See und gegen die drohende Überfischung außerhalb staatlicher Hoheitsgebiete eintreten.

Wie wichtig der umsichtige Umgang mit der Natur für unsere Zukunft ist, muss für alle verständlich vermittelt werden. Das dafür notwendige Wissen muss in Bildung und Ausbildung fest verankert werden. **Umweltbildung** kann in allen Bereichen ein Bewusstsein für Nachhaltigkeit schaffen: Energieeffizienz, Lebensmittelverbrauch, ökologische Landwirtschaft.

## 4005 **VII.2 Verbraucherinnen und Verbraucher schützen und stärken.**

Abzocke bei Banken, explodierende Energiekosten, Internethandel und seitenlange Allgemeine Geschäftsbedingungen, die kein Mensch versteht: Der **Alltag** ist für Verbraucherinnen und Verbraucher in den letzten Jahren komplexer und für viele zur unüberwindbaren Herausforderung geworden. Für den Einzelnen steht heute mehr als früher auf dem Spiel. Wer beispielsweise die falsche private Altersvorsorge abschließt, kann diese Entscheidung kaum mehr korrigieren und hat später einen deutlich schlechteren Lebensstandard.

Für uns ist **Verbraucherpolitik** ein wesentlicher Baustein einer gerechten und solidarischen Gesellschaftspolitik. Der Markt muss den Menschen dienen, nicht umgekehrt. Dies gilt umso mehr, wenn Menschen in existenziellen Fragen – wie der Vorsorge fürs Alter, für Gesundheit und Pflege – zunehmend auf Leistungen angewiesen sind, die nicht mehr vom Staat bereitgestellt, sondern auf dem freien Markt angeboten werden. Einfache, merkbare und nachvollziehbare Regelungen sollen dafür sorgen, dass nicht nur Expertinnen und Experten zu ihrem Recht kommen, sondern dass der „Gesunde Menschenverstand“ ausreicht.

Deshalb stellt unsere Verbraucherpolitik den Menschen in den Mittelpunkt. Unabhängig von Herkunft, Bildungsstand und finanziellen Möglichkeiten sollen Verbraucherinnen und Verbraucher Märkte **aktiv** mitgestalten und hinsichtlich Arbeitsbedingungen und Umweltstandards verantwortlich handeln können. Soziale und ökologische Aspekte der Produktion und des Unternehmensverhaltens dürfen nicht bloß als unverbindliche Werbung in Nachhaltigkeitsberichten eingesetzt werden, sondern müssen ernstgenommen werden. Wir setzen uns für eine Erweiterung und Präzisierung der Berichtspflichten von Unternehmen ein, damit künftig soziale und ökologische Herstellungsbedingungen klar und verbindlich ausgewiesen sind.

Die **digitale Welt** verändert rasant Techniken und Märkte. Diese müssen so ausgestaltet sein, dass die Verbraucherinnen und Verbraucher die sich daraus ergebenden Möglichkeiten sicher nutzen können. Sie müssen sicher sein vor unlauteren Geschäftspraktiken, vor dem Missbrauch

ihrer Daten. Ebenso müssen sie geschützt werden vor gefährlichen Produkten und vor existenzbedrohenden Fehlentscheidungen, zum Beispiel bei der Altersvorsorge aber auch beim Immobilienkauf. Abmahnmissbrauch muss wirksam eingedämmt werden, indem der Streitwert für Urheberrechtsverletzungen im Internet im privaten Bereich begrenzt wird. Sie müssen mit ihren Bedürfnissen und Interessen ernst genommen werden. Hierzu gilt es, die Marktmacht der Verbraucherinnen und Verbraucher gegenüber den Anbietern zu stärken. Diesem Ziel wollen wir auch durch die Einrichtung eines unabhängigen Sachverständigenrates für Verbraucherfragen Rechnung tragen. Um bestehende Interessenskonflikte aufzuheben, werden wir die Zuständigkeit für den Bereich Verbraucherpolitik in den Bundesministerien ändern.

4045 Wir wollen mehr **Markttransparenz**: Der Zugang zu Informationen muss erleichtert und Anbieter zu einer klaren und leicht verständlichen Darstellung von Informationen verpflichtet werden. Wir wollen die Menschen in ihren Rechten, ihrem Wissen und ihren Möglichkeiten stärken, damit sie Einfluss nehmen können auf den Markt. Sie sollen schnell und unkompliziert Produkte vergleichen und eine bewusste Kaufentscheidung treffen können. **Verbraucherinformationen** können aber keine wirksame Marktkontrolle, die u.a. unsichere Produkte von vornherein vom Markt fernhält und Rechtsdurchsetzung ersetzen. Wir wollen klare Aussagen über Herkunft, Eigenschaften und Inhalte von Produkten, leicht verständliche und schnell vergleichbare Informationen wie die Ampelkennzeichnung für Nährwerte bei 4050 Lebensmitteln und aussagekräftige und klare Informationen bei Finanz- und 4055 Versicherungsprodukten. Wir wollen die unabhängige Honorarberatung als echte Alternative zur Provisionsvermittlung ausbauen. Dazu werden alle Anbieter zum Angebot von Nettotarifen verpflichtet.

4060 Versicherungsnehmer haben einen Anspruch auf Einhaltung ihrer Verträge. Ansprüche aus Lebensversicherungen dürfen deshalb nicht nach Kassenlage der Versicherungsunternehmen gekürzt werden.

#### **Beratung, Forschung und starke „Marktwächter“.**

4065 Wir wollen die **Beratung und Information** in Bund und Ländern weiter ausbauen, besondere Bedeutung kommt dabei der Stiftung Warentest, dem Verbraucherrat des DIN und den Verbraucherzentralen zu. Verbraucherinnen und Verbraucher sollen mehr Rechte auf gute Information bekommen. Dazu werden wir das durch Schwarz-Gelb schwach ausgestaltete 4070 **Verbraucherinformationsgesetz verbessern**: Der Anwendungsbereich muss auf alle Produkte und Dienstleistungen erweitert, die Informationspflicht der Behörden klar geregelt und sogar ein begrenzter Informationsanspruch gegenüber den Unternehmen geschaffen werden.

4075 Wir werden die **Verbraucherforschung ausbauen** und ihre Ergebnisse nutzen, um Instrumente und Maßnahmen zu entwickeln, die der Vielfalt der Verbraucherinnen und Verbraucher und ihrer Bedürfnisse Rechnung tragen.

4080 Wichtig ist auch die **Verbraucherbildung**. Wir setzen uns für entsprechende Angebote der Bildungseinrichtungen ein – vom Kindergarten über Schulen und außerschulische Einrichtungen bis in die Erwachsenenbildung. Schon Kinder und Jugendliche müssen den Umgang mit Geld, Werbung und anderen Anbieterstrategien erlernen. Kinder stehen als Konsumenten von Morgen besonders im Fokus von Wirtschaft und Werbung. Sie brauchen besonderen Schutz: sicheres Spielzeug, eine unbelastete Umwelt, gesundes Essen und werbefreie Räume. Werbung und Sponsoring durch Lebensmittelkonzerne in Kindergärten und 4085 Schulen werden wir verbieten.

Wir werden die **Bankautomatengebühren auf maximal zwei Euro deckeln**, die Banken zu sicherem Onlinebanking ohne Mehrkosten verpflichten, angemessene Dispozinsen in Höhe von maximal acht Prozent über Basiszinssatz gesetzlich sicherstellen und den Zugang zu einem preiswerten Pfändungsschutzkonto erleichtern. Und wir wollen, dass jede und jeder ein **Recht auf ein Girokonto** bei der von ihm gewählten Bank hat.

Nicht zuletzt aufgrund der regional angespannten Lage auf dem Immobilienmarkt stellt der Verkauf minderwertiger und/oder auch mangelhafter Objekte eine Existenzbedrohung für eine zunehmende Zahl von Betroffenen dar. Hier müssen nicht zuletzt Vermittlern und Finanzinstituten deutliche Schranken gesetzt werden.

Wir wollen Strukturen schaffen, die das Verhältnis von Verbraucherinnen und Verbrauchern und Anbietern neu austarieren und ein hohes Schutzniveau für Bank- und Versicherungskunden garantieren – unabhängig davon, wo Produkte gekauft werden. Dazu braucht es ein einheitliches und zuverlässiges Aufsichtssystem für alle Teilbereiche des Versicherungs- und Finanzmarktes.

Dazu werden wir erstens die staatlichen Institutionen stärken und zum Beispiel die Bundesanstalt für die Finanzdienstleistungsaufsicht, die Bundesnetzagentur und die Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung mit neuen Aufgaben in der Verbraucherpolitik beauftragen. Zudem prüfen wir die Einrichtung einer staatlichen „Verbraucher-Ombudsperson“ nach dem Vorbild Dänemarks, die die Durchsetzung von Gesetzen und Verordnungen beaufsichtigen soll. Wir wollen mit der **Etablierung von „Marktwächtern“** in allen wichtigen Feldern – Finanzen, Gesundheit, Lebensmittel, Energie und digitale Welt – den Verbraucherschutz stärken. „Marktwächter“ sind – staatlich beauftragte – zivilgesellschaftliche Verbraucherschutzorganisationen wie die Verbraucherzentralen. Die „Marktwächter“ sollen den Markt beobachten, unlautere Praktiken aufspüren, Hinweise systematisch erfassen und Missstände an die Aufsicht weitergeben.

Die Ergebnisse der amtlichen **Lebensmittelüberwachung** müssen grundsätzlich auch unterhalb von Grenzwertüberschreitungen veröffentlicht werden. Zudem wollen wir Verbraucherinnen und Verbraucher mittels einer leicht verständlichen Form wie der Hygieneampel in Restaurants und sämtlichen Lebensmittelbetrieben vor Ort über Überwachungsergebnisse informieren. Mit einem **Hinweisgeberschutzgesetz** wollen wir erreichen, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Hinweise über rechtswidrige Vorgänge in ihren Betrieben an die Behörden weitergeben können, ohne von Kündigung oder anderen Nachteilen bedroht zu sein. Die Einrichtung von Schwerpunktstaatsanwaltschaften in Deutschland und Europa zur Bekämpfung von organisierter Kriminalität in der Lebensmittel- und Nahrungsmittelbranche ist überfällig. Um Verbraucherrechte effektiv durchzusetzen, wollen wir Unrechtsgewinne einziehen.

Wir lehnen - wie 80 Prozent der deutschen Bevölkerung - den Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen ab, denn die **Grüne Gentechnik** darf den Menschen nicht aufgezwungen werden. Damit sie wirklich die Wahl haben, fordern wir eine EU-Kennzeichnungspflicht für Produkte von Tieren, die mit genveränderten Pflanzen gefüttert wurden. An der Nulltoleranz gegenüber nicht zugelassenen gentechnisch veränderten Bestandteilen in Lebensmitteln halten wir fest – ebenso wie an der Saatgutreinheit. Das entspricht dem Vorsorgeprinzip und ist zudem Voraussetzung dafür, dass auch künftig Lebensmittel erzeugt werden können, die den Bedürfnissen der Verbraucherinnen und Verbraucher entsprechen: ohne Gentechnik.

4135

# Angenommene und überwiesene Anträge im Wortlaut

## Regierungsprogramm

Antragsbereich RP/ Antrag 1 (Angenommen)

Parteivorstand

### **Deutschland besser und gerechter regieren: Für ein neues soziales Gleichgewicht in unserem Land!**

	<b>Vorbemerkung</b>	8-9
	<b>I. Deutschland besser und gerechter regieren: Für ein neues soziales Gleichgewicht in unserem Land</b>	10-16
5	<b>II. Finanzkapitalismus bändigen – Wirtschaft und Mittelstand stärken – Gute Arbeit schaffen</b>	16-42
	<b>II.1 Märkte brauchen Regeln – für nachhaltiges Wachstum</b>	16-19
10	<b>II.2 Gute Arbeit in einer modernen Gesellschaft</b>	20-26
	<b>II.3 Miteinander für mehr Soziale Marktwirtschaft in Europa</b>	26-28
15	<b>II.4 Den wirtschaftlichen Erfolg unseres Landes sichern</b>	28-35
	<b>II.5 Sichere und bezahlbare Energie - Die Energiewende zum Erfolg führen</b>	35-42
20	<b>III. Bildung, Gleichberechtigung und Zusammenleben in einer modernen Gesellschaft</b>	42-63
	<b>III.1 Chancengleichheit und Aufstieg durch Bildung</b>	43-49
25	<b>III.2 Gleichberechtigung und Gleichstellung verwirklichen</b>	49-52
	<b>III.3 Familien gehen vor</b>	52-54
	<b>III.4 Jugendpolitik</b>	54-56
30	<b>III.5 Gleichberechtigte Teilhabe: Für eine moderne Integrationspolitik</b>	56-59
	<b>III.6 Kultur-, Medien und Netzpolitik</b>	59-63

35



*BESCHLÜSSE DES*  
**AUßERORDENTLICHEN**  
**BUNDESPARTEITAGES**  
**IN AUGSBURG**

*14.APRIL 2013, MESSE AUGSBURG*

[www.spd.de](http://www.spd.de)